



Für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtgebieten
Zellerau, Mainviertel, Nikolausberg und Steinbachtal

zellerauer kurier

Nr. 112, Februar 2021

**Der 46. und erste digitale
Politische Aschermittwoch
der Zellerauer SPD
17. Februar 2021**

**Der Würzburger
Arbeitsmarkt
in Corona-Zeiten**



Stefan Beil, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Würzburg, und Volkmar Halbleib, Landtagsabgeordneter aus Ochsenfurt, diskutierten mit dem Online-Publikum (per Zoom und Facebook) über die Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung und den nur moderaten Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Region.

Beide Gäste hoben das Instrument der Kurzarbeit, das als „Brücke über das Tal der Krise“ im großen Stil Beschäftigung gesichert und Entlassungen verhindert hat, positiv hervor.

Einen wesentlichen Schwerpunkt bildete die Fortsetzung und Unterstützung der betrieblichen Ausbildung und die Integration der jungen Menschen in den Arbeitsmarkt, um die Pandemie-Auswirkungen für die Jugend so zu minimieren, dass kein „Corona-Jahrgang“ mit weitreichenden Folgen für die Gesellschaft entsteht. Dies stand für die SPD im Zentrum der Diskussion.

Stefan Beil betonte, dass nach dem guten Meistern des Jahres 2020 das Jahr 2021 eher schwieriger wird und der Bestand der Betriebe wesentlich ist, auch für die Ausbildung. Volkmar Halbleib plädierte für qualifizierte Öffnungsschritte aus dem Lockdown auf Basis guter Hygienekonzepte um den Betrieben und den Menschen eine greifbare Perspektive zu geben.

Skatepark Mainwiesen



Im Dezember 2020 wurde der zweite Teil („bowl“) des Skateparks an den Mainwiesen fertiggestellt. Endlich. Gut so.

Im April 2013 hatte OB Georg Rosenthal den ersten Teil („street“) des Skateparks auf dem ehemaligen Waschplatz eröffnet. Der zweite Ausbauteil war im Anschluss vorgesehen.

Allerdings hatte die schwarz-gelbe Bundesregierung 2011 die Bundesmittel für die Städtebauförderung massiv heruntergefahren, besonders stark betroffen war das 1999 von der SPD-geführten Bundesregierung eingeführte Programm „Soziale Stadt“ mit einer Kürzung um über 70 %. Bereits begonnene Projekte wie der erste Ausbauteil waren nicht betroffen, aber Folgemaßnahmen.

2007 war die Zellerau in dieses Programm mit dem Projekt „Soziale Stadt Zellerau“ aufgenommen worden, das 2017 endete. Die umgesetzten Maßnahmen, wie die Neugestaltung der Mainwiesen mit dem Skatepark, haben das Gesicht der Zellerau verändert und die Entwicklung des Stadtteils vorangebracht. ■

Einbahnstraßen-Test Zeller Straße

Die SPD Zellerau-Mainviertel erwartet unverändert nach dem einjährigen Probebetrieb eine gründliche Bewertung anhand nachvollziehbarer Kriterien.

Die Bewertung sollte neben den Effekten in der Zeller Straße (wie Entlastung bei Abgasen und Lärm sowie Sicherheit des Radverkehrs) auch den verstärkten Ausweichverkehr über den verkehrsberuhigten Schottenanger sowie die Auswirkungen auf die Verkehrssituation auf der Dreikronen-, Mainau- und Luitpoldstraße betrachten. Eine Befragung der Anwohner*innen einschließlich des Umfelds wäre dabei sicherlich sinnvoll und hilfreich für eine offene Diskussion über das weitere Vorgehen. ■

Übrigens ...

... wir von der SPD Zellerau-Mainviertel-Steinbachtal fordern weiterhin den Erhalt des „Dencklerblocks“ und sehen hier auch die öffentliche Hand gefordert!

... wir sind weiterhin für kostenloses Parken auf der Talavera!

... wir fordern eine Nachbepflanzung der Bäume in der Sedan- und Hartmannstraße!

... wir lehnen unverändert die unsinnige Entscheidung der bayerischen Staatsregierung ab, das Staatsarchiv nach Kitzingen zu verlegen!

... wir befürworten unverändert eine Wiederaufnahme des Gastronomiebetriebes im Volksgarten im Steinbachtal!

Verkehrswende Leistenstraße Würzburg-Höchberg Radwegeführung Löwenbrücke

Im September 2020 kamen interessierte Bürger*innen der Einladung der SPD nach, um über die bevorstehende Sanierung der Leistenstraße und den Verwaltungsvorschlag der Radwegeführung im Bereich der Löwenbrücke zu diskutieren. SPD-Stadtrat Udo Feldinger informierte über die aktuellen Zahlen und den Sachstand und die geladenen Vertreter der Interessengruppen gaben hierzu ihr Statement und Vorschläge ab.



Bernd Hartmann (SPD-Ortsverein) u. Stadtrat Udo Feldinger

Wie geht es weiter?

Der Stadtrat hat mit seiner Mehrheit von Grünen und CSU beschlossen, die Planungen der Verwaltung zur Verbesserung der Hauptachsen der Radwegeführung zu vertiefen. Dafür sind 300.000 € im Haushalt 2021 eingestellt.

Der von der SPD-Stadtratsfraktion – in der letzten Legislaturperiode – eingebrachte Vorschlag für eine neue Verkehrsführung an und auf der Löwenbrücke wurde somit verworfen. Zweck dieses Antrags sollte sein, dass die Verwaltung die Erweiterung der Löwenbrücke, unter Berücksichtigung der Fußgänger und Radwegeführung, auf Machbarkeit prüft.



Der Verwaltungsvorschlag sieht die Errichtung eines 4,5 Meter hohen Fahrradstegs im Kreuzungsbereich Mergentheimer/Leistenstraße und einen eigenen Fahrstreifen für den Radverkehr auf der Löwenbrücke vor.

Für die Sanierung der Leistenstraße sind keine Haushaltsmittel eingestellt. Somit rückt eine dringende Sanierung der Leistenstraße in die Ferne. Möglicherweise werden auch die Bemühungen für eine sinnvolle Umgestaltung verworfen oder lassen sich so bald nicht realisieren.

Wir werden den Planungsfortgang verfolgen und weiterhin an unseren Forderungen und den eingebrachten Ideen der Anwohner dranbleiben. Sofern es erforderlich ist werden wir unsere Forderungen über unsere Stadtratsfraktion im Stadtrat einbringen. Für eine weitere Veranstaltung vor Ort zu diesem Thema werden wir, sobald es die Pandemieentwicklung erlaubt, die Planung aufnehmen.

Für eine ausführliche Vertiefung des Themas können Sie sich an unsere Ortsvereinsvertreter oder unseren Stadtrat Udo Feldinger (Tel.: 0160/96448275) wenden. Gerne verweisen wir auch auf unsere Homepage spd-zellerau.de.

Nachgefragt:

Das Projekt Alte Dampfwaschanstalt

Im September 2020 hatte die Zellerauer SPD an die Friedrichstraße 10a eingeladen. Hier wird die ehemalige Wäscherei Rüttinger, in der Zellerau bekannter unter dem Namen des späteren Mieters Greiff-Werke, von der Beethovenengruppe unter Erhalt der historischen Gebäudesubstanz saniert und für über 250 moderne Büroarbeitsplätze umgebaut.

Dr. Alexander Weigand und Niko Rotschedl stellten das Projekt für das gesamte Areal mit Mietflächen, Stellplätzen, einem höheren Anteil begrünter Fläche und zwei geplanten Bauprojekten für Mietwohnungen vor, betonten die gute ÖPNV-Anbindung und Infrastruktur und standen für Fragen und eine ausführliche Diskussion zur Verfügung.



Neue Mieter sind die Netzbetreiber TenneT und TransnetBW für ihr Projektbüro SuedLink, den geplanten Korridor für eine Windstromleitung vom Norden der Bundesrepublik nach Bayern und Baden-Württemberg. Dafür werden Beschäftigte nach Würzburg kommen und es werden auch Arbeitsplätze geschaffen.

Die Zellerauer SPD hob vor allem die attraktiven, wohnquartierskompatiblen Arbeitsplätze, die Schaffung von Wohnraum in Form von Mietwohnungen sowie die Ansiedlung des Engineerings für eines der wesentlichen Projekte der Energiewende im Stadtteil positiv hervor. ■

User Buchtipp



Gerhard Schick

*Die Bank gewinnt immer
Wie der Finanzmarkt die
Gesellschaft vergiftet*

Campus Verlag 2020
22 €
ISBN 978-3-593-51275-4

Es ist höchste Zeit für eine Finanzwende, sagt Finanzexperte Gerhard Schick, Volkswirt, Vorstand des Vereins Finanzwende und von 2005 bis 2018 Mitglied des Bundestages.

Nach der Finanzkrise vor über zehn Jahren gab es viele gute Ansätze wie das Trennbankensystem oder die Finanztransaktionssteuer. Bislang hat aber die Finanzlobby alle diese Initiativen erfolgreich ausgebremst.

Eine fehlgesteuerte Finanzindustrie birgt Crashgefahr und schafft immer neue Probleme. Sie ist zu groß, zu mächtig und zu intransparent. Gerhard Schick fordert klare Regeln und durchgreifende Maßnahmen, um die Finanzwirtschaft endlich in den Griff zu bekommen. ■

Erfolge der SPD in der Bundesregierung

Mehr Solarstrom und Windenergie. Bis 2030 soll ein Anteil von 65 % Erneuerbarer Energien erreicht werden. Das von der SPDgeführten Bundesregierung im Jahr 2000 eingeführte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist für die Energiewende ein erfolgreiches Instrument. Die EEG-Reform, die am 1. Januar 2021 in Kraft getreten ist, ist nach dem **Klimaschutzgesetz** und dem **Kohleausstieg** der nächste Schritt für die Erreichung der Klimaneutralität bis 2050.

Seit 1. Januar 2021 werden klimaschädliche fossile Brennstoffe mit einem **CO₂-Preis** belegt. Damit verteuern sich Öl, Diesel, Benzin und Erdgas um einige Cent. Die Einnahmen aus dem CO₂-Preis werden für eine Entlastung beim Strompreis und für die Förderung klimafreundlicher Heizungen verwendet. In ÖPNV, Schienennetz, Ladeinfrastruktur und Gebäudesanierung wird mehr investiert. Für einen sozialen Ausgleich sorgen die **Erhöhung des Wohngeldes** sowie der **Entfernungspauschale** für Berufspendler. Ab Januar 2021 ist die **Kfz-Steuer** stärker an CO₂-Emissionen ausgerichtet.

Das Bahnprojekt Lausitz. Die Braunkohle geht, die Bahn kommt. Die Deutsche Bahn in Cottbus schafft mit einem modernen Bahnstandhaltungswerk 1200 neue Arbeitsplätze. Dies ist das erste große Vorhaben des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen, das die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen beim Aufbau zukunftsfähiger Arbeitsplätze und neuer Wirt-

schaftsstrukturen mit insgesamt 40 Milliarden Euro unterstützt.

Ab 2021 wird mit einer **Erhöhung des Kindergeldes** und **Steuer-Erleichterungen** insgesamt eine Entlastung von 12 Milliarden Euro umgesetzt. Und ab 2021 entfällt der **Solidaritätszuschlag** für fast alle Steuerzahler*innen, außer bei Spitzenverdienst.

Ab 1. 1. 2021 steigt der gesetzliche **Mindestlohn** von bislang 9,35 Euro auf 9,50 Euro je Stunde und zum 1. 7. 2021 auf 9,60 Euro. Ziel der SPD ist eine perspektivische Anhebung auf 12 Euro. Schärfere Regeln gelten nun für die **Fleischindustrie** um die Beschäftigten zu schützen und die Verantwortungslosigkeit in Teilen dieser Industrie zu beenden.

Die **Grundrente** gilt seit 1. Januar 2021 für alle, die mindestens 33 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, aber wenig Lohn hatten.

Die Sonderregeln für die **Kurzarbeit** sind bis Ende 2021 verlängert. Damit in der Corona-Krise möglichst keine Beschäftigten entlassen und Arbeitsplätze gesichert werden. Für alle Betriebe, die durch den Lockdown massive Umsatzrückgänge haben, wird mit der **Überbrückungshilfe III** die Förderung bis Juni 2021 deutlich erhöht. Und damit sich Eltern während des Schul- und Kita-Lockdowns ohne große finanzielle Verluste um ihre Kinder kümmern können, sind die **Kinderkrankentage** für 2021 verdoppelt. ■



SPD-Stadtratsfraktion setzt sich für mehr Wohnungsbau ein

Alexander Kolbow:
„Bayerische Staatsregierung soll Weg für Grundsteuer C frei machen“

Der SPD-Stadtratsfraktion ist es besonders wichtig, dass mehr Wohnraum in Würzburg geschaffen wird. Damit dieser auch bezahlbar bleibt, sollen 30 Prozent als sozial geförderter Wohnraum entstehen. Oft fehlen dafür jedoch die nötigen Bauflächen. Ein Grund ist, dass Grundstücksbesitzer ihre potentiellen Bauflächen brach liegen lassen.

Dies soll sich ändern! Deshalb fordert die SPD-Stadtratsfraktion in einem Antrag im Januar 2021 im Würzburger Stadtrat, dass die Bayerische Staatsregierung Städte und Gemeinden in Bayern bei der Baulandmobilisierung unterstützt und ihnen hierzu die Erhebung einer Grundsteuer C ermöglichen soll.

Bei der Reform der Grundsteuer hat der Deutsche Bundestag das „Gesetz zur Änderung des Grundsteuergesetzes zur Mobilisierung von baureifen Grundstücken für die Bebauung“ auf den Weg gebracht. Darin wird den Kommunen zur Baulandmobilisierung die Möglichkeit eröffnet, eine sogenannte Grundsteuer C für baureife, aber unbebaute Grundstücke zu erheben.

Im April 2018 hatte das Bundesverfassungsgericht eine gesetzliche Neuregelung der Grundsteuer bis Ende 2019 gefordert. Diese hatte die Große Koalition dann im Oktober auf den Weg gebracht. In diesem Rahmen wurde mit der Grundsteuer C ein Instrument geschaffen, mit dem Städte und Gemeinden Bauland mobilisieren, Baulücken leichter schließen und Spekulation entgegenwirken können.

Gemeinden sollen mit der Grundsteuer C für baureife unbebaute Grundstücke einen höheren Hebesatz festlegen können, wenn auf diesem keine Bebauung erfolgt. Diese Grundsteuer C schafft also finanzielle Anreize, auf baureifen Grundstücken tatsächlich auch Wohnraum zu schaffen.

„Die Uneinigkeit in der bayerischen Staatsregierung gefährdet die Schaffung von mehr Wohnraum“, kritisiert der SPD-Fraktionsvorsitzende Alexander Kolbow. „Gerade für die Stadt Würzburg ist dieses Zögern dramatisch und führt weiter zu steigenden Wohnkosten. Deshalb fordern wir die bayerische Staatsregierung dazu auf, endlich den Weg für die Grundsteuer C freizumachen“, so Kolbow weiter. ■

Vor 50 Jahren

Willy Brandts große Geste in Warschau



Am 7. Dezember 1970 ehrt Bundeskanzler Willy Brandt die Toten des Aufstands von 1943 und bittet um Vergebung für die NS-Verbrechen. Mit seinem Kniefall vor dem Ehrenmal des Warschauer Ghettos setzt er ein unvergessliches Zeichen des Friedens und der Versöhnung.

Die Unterzeichnung des Warschauer Vertrags mit Polen über die Grundlagen der beiderseitigen Beziehungen und der bereits im August 1970 unterzeichnete Moskauer Vertrag sind wichtige Meilensteine der neuen Ostpolitik, die von Willy Brandt und Egon Bahr entworfen wird. Ihre Formel des Erfolges lautet „Wandel durch Annäherung“.

1971 folgt das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, das den Zugang zum Westteil der Stadt sichert. Im Dezember 1972 wird der Grundlagenvertrag mit der DDR unterzeichnet. Die neue Ostpolitik findet im Dezember 1973 ihren Abschluss mit dem Prager Vertrag. Damit ist der Status quo in Osteuropa anerkannt und der Weg für weitere Annäherung geebnet.

1971 erhält Willy Brandt für seine Entspannungspolitik den Friedensnobelpreis. ■

Im September 2020 verstarb unser langjähriger Genosse

Berthold Kremmler

im Alter von 76 Jahren

Berthold Kremmler machte das Internationale Filmwochenende der Filminitiative Würzburg zu einer der bekanntesten cineastischen Veranstaltungen in Deutschland. Er war Vorsitzender des Dachverbandes Freier Würzburger Kulturträger, Mitglied im Kulturbeirat der Stadt Würzburg, Redakteur der Würzburger Kulturzeitschrift „Nummer“, Träger der Kulturmedaille der Stadt Würzburg und Träger der Georg-Sittig-Medaille der Würzburger SPD. Er hat es anderen oft nicht leicht gemacht, sich selbst aber auch nicht, er liebte den Widerspruch.

*Wir werden ihm ein
ehrendes Andenken bewahren*

Wir gratulieren!

Im 4. Quartal 2020 und 1. Quartal 2021 gratulieren wir unseren folgenden Mitgliedern zu runden Geburtstagen:

Ruth Kunkel – 65 Jahre

Hans-Rainer Gronwald – 65 Jahre

Dr. Wolfgang Porzner – 70 Jahre

Herzlichen Glückwunsch!

FREYA ALTENHÖNER in den Bundestag Für Stadt und Landkreis Würzburg



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

seit 2009 lebe ich in Würzburg. Die Belange der Stadt und des Landkreises liegen mir am Herzen. Dafür möchte ich mich auf Bundesebene einsetzen.

Deshalb möchte ich für den Deutschen Bundestag kandidieren!

Ich will dieses Land politisch mitgestalten und mich für eine offenere und gerechtere Gesellschaft einsetzen.

Schlechte Arbeitsbedingungen und eine unsichere Zukunft können sehr bedrückend für die betroffenen Personen sein. Deswegen setze ich mich für bessere Arbeitsbedingungen und gegen Ausbeutung ein.

Wir brauchen eine mutige Klima- und Umweltpolitik. Dabei müssen Mobilität und Energie für alle Menschen bezahlbar bleiben. Aber wir müssen jetzt handeln, um den Klimawandel aufzuhalten.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist mir wichtig. Damit veraltete Rollenbilder, schlechtere Bezahlung und Diskriminierung endlich der Vergangenheit angehören und verschiedene Lebensentwürfe als gleichwertig betrachtet werden.

Diese Themen möchte ich im Bundestag anpacken. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung!

Ihre
Freya Altenhöner

Mehr Infos unter: spd-zellerau.de

Impressum: SPD Zellerau, Satz: Elstersatz,
V.i.S.d.P. Klaus Friedrich, Wildflecken
Weißenburgstraße 3 Druck: bonitasprint,
97082 Würzburg Würzburg
Bilder S. 6,8: © Kathrin Königl Auflage: 9 500

Unser Landtagsabgeordneter Volkmar Halbleib

volkmar.halbleib@bayernspd-landtag.de



Bürgerbüro
Semmelstr. 46R
97070 Würzburg
☎ 59384
www.volkmar-halbleib.de